Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 3 (1962)

Heft: 45

Artikel: Zum 45. Jahrestag der Revolution : mit Agentengeld des deutschen Kaisers an die Macht

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076820

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Zum 45. Jahrestag der Revolution

Mit Agentengeld des deutschen Kaisers an die Macht

Heute, am 7. November, ist der 45. Jahrestag jener russischen «Oktoberrevolution» (25. Oktober nach julianischem Kalender), welche die Bolschewiken in Russland an die Macht brachte. Die Vorstellung, dass der Bolschewismus das Zarentum gestürzt habe, die Lüge, dass die Oktoberrevolution die «Diktatur des Proletariats» verwirklicht habe, lassen einen Blick auf die tatsächlichen Verhältnisse jener Tage wünschbar erscheinen. Der bewaffnete Aufstand vom 7. November war keine Revolution gegen den Zaren (dieser hatte schon am 12. März abgedankt), sondern ein Staatsstreich gegen die Revolution und ihre provisorische Regierung. Die «Oktoberrevolution», die gar keine war, bildete die Machtergreifung einer gerade unter den Arbeitern verschwindend kleinen Minderheit, die aber gut organisiert und bewaffnet war und dazu sehr zahlungskräftig. Das Geld für seine bolschewistische Partei, oder vielmehr für seine bolschewikische Parteifraktion (neben der menschewikischen im Rahmen der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei) erhielt Lenin vom deutschen Kaiser, der eine Ablenkung der gegnerischen Kräfte an der Ostfront wünschte. Lenin organisierte die Revolution zum Vorteil seiner unpopulären Fraktion als bezahlter Agent Wilhelms. Der 7. November ist, wie alle Jahrestage kommunistischer Revolutionen, der Jahrestag einer verratenen Revolution.

Die Parteien nach dem Sturz des Zarentums

Das Schicksal Russlands wurde im Jahre 1917 unter drei Parteien und ihren Hauptströmungen ausgemacht: die Konstitutionellen Demokraten («Kadetten»), die Partei der Sozialrevolutionäre (ESER) und die «Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands» mit den beiden Gruppierungen der «Bolschewiken» (bolsche = mehr) und der «Menschewiken» (mensche = weniger).

Die Konstitutionellen Demokraten nannten sich seit Februar 1917 «Partei für Volksfreiheit». Sie setzten die liberal-demokratischen Traditionen der russischen Intelligenz fort. Zu ihren Ideen gehörten ein demokratisch-konstitutionelles System, ein Parlamentarismus und demokratische Freiheitsrechte für jedermann. Sie forderten 1917 die Aufhebung des Grossgrundbesitzes mit Entschädigung, Uebergabe des Bodens an die Bauern, Stärkung der föderalistischen Struktur. Ihr soziales Programm war keineswegs so reaktionär, wie es von ihren Gegner behauptet wurde: es umfasste zum Beispiel den damals fortschrittlichen Achtstunden-Arbeitstag und die obligatorische staatliche Sozialversicherung. Massenorganisationen aber hatte dieses Partei nicht hinter sich. Auch sah sie im Frühjahr den Feind immer nur «von rechts», das heisst von Seiten des ausgespielten Zarenhauses. Ihre konkrete Politik für die «Volksfreiheit» war ziemlich labil.

Die mächtigste und populärste Bewegung des Jahres stellte die Partei der Sozialrevolutionäre (ESER) dar. Sie war 1903 entstanden und setzte sich an ihrem ersten Kongress 1906 die «Sozialisierung» des Landes zum Ziel, wobei eine «revolutionäre Diktatur», die bis zur Herstellung einer normalen Rechtsordnung nötig sei. Den einzelnen Völkern wurde das Recht auf Loslösung zugestanden, die Behandlung wichtiger Fragen der Konstituierenden Versammlung zugeordnet. Die Partei hatte einen rechten und linken Flügel, die sich gerade in der Frage der Uebergangsdiktatur befehdeten. Die linksorientierte Gruppe befürwortete sie uneingeschränkt mitsamt dem Terror und stand taktisch damit den bolschewistischen Forderungen nahe.

Die Sozialdemokratische Partei Russlands umfasste zwei klar getrennte Fraktionen, die einander zum Teil entgegenwirkten: den Bolschewiken und den Menschewiken. Die Unterscheidung ist auf den im Ausland abgehaltenen zweiten Parteikongress 1903 zurückzuführen, wo der von Lenin geführte Parteiflügel die Macht vorübergehend an sich riss.

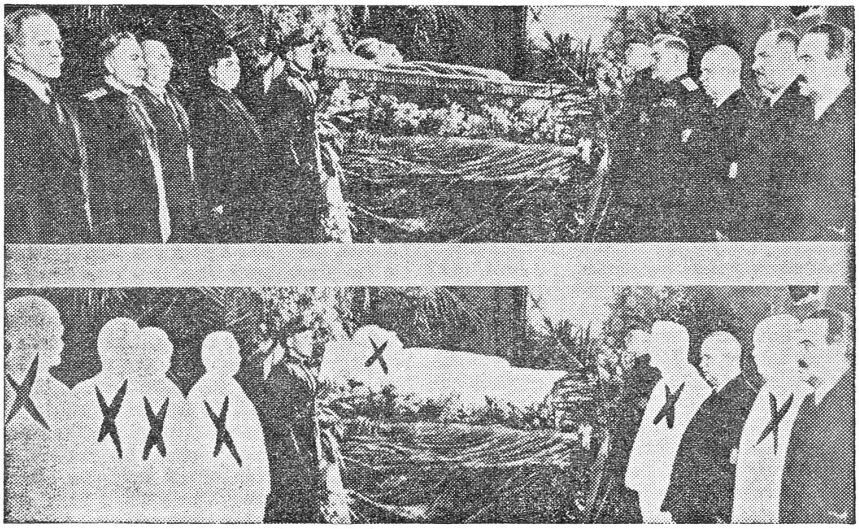
Die Bezeichnungen wurden dann beibehalten, obwohl sich das quantitative Kräfteverhältnis dann aber sehr stark zugunsten der Menschewiken verschob. Noch zu Beginn des Jahres 1917 waren die meisten Parteiorganisationen beiden Richtungen gemeinsam, aber ab Februar begannen die Bolschewiken immer deutlicher als eigene Partei aufzutreten. Formell vollständig wurde der Bruch erst am 8. Parteikongress 1919 (wonach die physische Liquidation der Menschewiken auf vollen Touren lief). Nach bolschewistischem Muster konstituierte übrigens auch der linke Flügel der ESER eine eigene Partei, die mit den eigentlichen Sozialrevolutionären völlig brach.

Zwischen März und Oktober 1917 herrschten wenig übersichtliche Zustände mit «Sowjets» einerseits und einer provisorischen Regierung anderseits. Die sogenannten sozialistischen «Arbeitergruppen» (hauptsächlich Menschewiken) errichteten zusammen mit den Vertretern der Gewerkschaften, Genossenschaften und den linken Duma- (zaristisches Parlament) Parteien ein Provisorisches Exekutivkomitee der Sowjets der Arbeiterdeputierten, welches die Arbeiter zur Wahl ihrer Sowjets (Räte) aufrief (10. März). Am 12. März dankte der Zar ab und eine Provisorische Regierung wurde von den gemässigten progressiven Abgeordneten der Duma gebildet (bis zum Sommer noch waren die «Kadetten» vertreten, darnach dominierten die Menschewiken und Sozialrevolutionäre). Die Bolschewiken gehörten der Provisorischen Regierung niemals an und bezogen nach Lenins Ankunft aus der Schweiz (16. April) eindeutig Stellung gegen sie.

0,2 Prozent Bolschewiken

Die Bolschewiken bildeten einen zahlenmässig völlig unbedeutenden Teil der Revolution (ein gewisser Aufschwung der Mitgliederzahl trat erst nach Lenins Rückkehr ein) und waren damals in der Führung auch nicht völlig einheitlich. Lenin stellte dann die unbedingten Forderungen auf: Frieden um jeden Preis, keine Annäherungen an andere Parteien, kompromissloser Kampf gegen die Regierung.

Auf Grund verschiedener Dokumente lässt sich für den März 1917 eine Gesamtzahl von 5000 Bolschewiken als einigermassen wahrscheinlich errechnen (laut Grosse Sowjetenzyklopädie 23 600). Im Oktober war die Mitgliedschaft auf 240 000 angestiegen, dies eine parteiamtliche Angabe, die sich nicht nachprüfen lässt.



Nachstalinistische Säuberungen an der Parteispitze

Zum 45. Jahrestag der Revolution ein Rückblick auf die letzte Dekade: An Stalins Bahre standen 1953 (von links nach rechts): Molotow, Woroschilow, Beria, Malenkow, Bulganin, Chruschtschew, Kaganowitsch und Mikoyan. An der Macht sind heute nur noch Chruschtschew und Mikoyan. Beria wurde hingerichtet, die übrigen fünf Paladine von Chruschtschew politisch kaltgestellt.

Dafür ergibt sich aber ein zuverlässiges Bild darüber, wie verlogen der «Arbeitercharakter» der Partei ist: Noch im August 1917 zeigt sich am 6. Parteitag aus Erhebungen in 25 Städten folgende Sachlage: Die Bolschewiken waren unter den Fabrikarbeitern mit Prozentzahlen von 1 bis 12, im Durchschnitt 5,4 vertreten. Von den 171 Parteitagsdelegierten, welche die vorgelegten Fragebogen ausfüllten, gaben nur 72 ihren Beruf mit Arbeiter oder Soldat an.

Partei und Tatsachen

Die Verarbeitung der Geschichte der Oktoberrevolution verlief unter der Führung der Partei, in Hinsicht auf den Kampf gegen fälschende Konzeptionen der Bourgoisie, ESER und Menschewiken, Trotzkisten und anderer. In diesem Sinne funktionierte die 1920 errichtete Kommission zur Quellensammlung und zum Quellenstudium betreffend Geschichte der Oktoberrevolution und Geschichte der KPR (Bolschewiken).

Woprosi Istorii KPSS (Fragen der Geschichte der KPdSU), September/Oktober-Nummer 1962. I. F. Petrow: Erläuterungen einiger Probleme der Oktoberrevolution in der parteigeschichtlichen Literatur.

Nimmt man selbst die Zahl der 240 000 Bolschewiken zum Zeitpunkt der Oktoberrevolution als richtig an (nachweisbare andere Zahlenlügen der Partei lassen den Parallelschluss starker Uebertreibung zu), hätten sie doch wenig mehr als 0,2 Prozent der russischen Staatsbürgerschaft ausgemacht.

Wie konnten diese vielleicht zwei Tausendstel der Bevölkerung die totale Staatsmacht erhalten und behalten?

Drei Hauptpunkte sind zu erwähnen:

1. Die Bolschewiken waren die einzige Kraft im damaligen Russland, die ein klares, gut ausgearbeitetes Programm hatten, ferner aktive Leiter mit Organisationstalent.
2. Die Gegner waren desorganisiert, uneinig und ohne deutlichen Begriff der Lage.
3. Die Bolschewiken hatten materielle Mittel, die sie von den Vertretern des feodalmilitaristischen Europas als Kommission bezogen.

Organisation siegt über Menge

Die Bolschewiken kannten als bleibendes Ziel die absolute Machtergreifung; die Mittel änderten sie nach Bedürfnis. Bis zum 16. Juni, der Eröffnung des Allrussischen Sowjetkongresses, agitierten sie mit der Parole: Alle Macht den Sowjets. Als sie aber in den Wahlen vernichtende Niederlagen bezogen (unter den 1000 Delegierten wurden knapp 130 Bolschewiken gewählt), gaben sie die Losung des bewaffneten Aufstandes heraus. Ein Staatsstreich im Juli misslang. Dann sollte am 8. November der zweite Sowjetkongress zusammentreten. So wurde am 7. November die bewaffnete Revolution ausgerufen, und der Rat musste sich dem Diktat der Gewalthaber fügen: Anstelle der abgesetzten Provisorischen Regierung trat der Rat der Volkskommissäre, dem ausschliesslich Bolschewiken angehörten.

Noch war der Druck der Massen gerade noch stark genug, um Lenin zu zwingen, eine Konstituierende Versammlung einzuberufen. Trotz einer Verhaftungswelle unter den Gegnern des Bolschewismus ergaben die Wahlen eine neue bolschewistische Niederlage (Sozialrevolutionäre 21 Millionen Stimmen = 58 Prozent, Bolschewiken 9 Mio/25%, Kadetten 4,6 Mio/13%, Menschewiken 1,7 Mio/4%). Als die vom Volk gewählte Versammlung aber die Annahme des bolschewistischen Programms verweigerte, liess sie Lenin mit Gewalt auseinandertreiben. Damit hatte am 5. Januar 1918 die Diktatur der bewaffneten Minderheit endgültig gesiegt.

Die Unentschlossenen

Die Gelegenheiten, die sich den wirklichen Vertretern des Proletariats boten, die bolschewistische Usurpation beizeiten zu brechen, waren zahlreich. Es fehlte aber die Entschlossenheit, den Störern von Ordnung und Aufbau und den Verhöhnern der Massen mit ihren eigenen Spielregeln zu begegnen. Wo jemand eine Aktion begann, wurde er gleich von allen andern Nichtbolschewiken im Stich gelassen. Eine Frontbildung und eine Aktionseinheit fehlten. Die Befehdung der einzelnen Gruppen feierte gleiche Triumphe wie die Koexistenz mit dem gemeinsamen Feind, der nach der Machtübernahme zur physischen Ausrottung derer schritt, die seiner Machtübernahme nichts entgegengesetzt hatten.

Danke, Majestät!

Zu diesen Punkten muss aber heute noch der Umstand besonders hervorgehoben werden, dass es die Bolschewiken waren, die über die notwendigen Geldmittel zur Durchführung eines Staatsstreiches verfügten.

Lenin organisierte seine Revolution mit dem Geld des deutschen Kaisers, womit er schon zu Anfang ein repräsentatives Beispiel von der wechselnden Taktik zur zielbewussten Strategie des Kommunismus lieferte.

Es ist kein Zufall, dass man in der Parteiliteratur keinen Hinweis auf die Mittel findet, mit deren Hilfe die riesigen Ausgaben für die rasche Organisation der Parteireihen gedeckt wurden, ferner für den grossen Pressedienst und den ungeheuren Propaganda-Aufwand, ferner für die Bewaffnung von 20 000 Rotarmisten und anderer Parteimitglieder. Erst 1958 wurden in London die Dokumente veröffentlicht, die beweisen, dass die Bolschewiken von den Deutschen finanziert wurden. (Germany and the Revolution in Russia 1915—1918. Documents from the Archives of the German Foreign Ministriy. London, 1958.) Der Zweck der Zahlung war, die Ordnung durch eine revolutionäre Bewegung so zu untergraben, dass ein Separatfriede zwischen Russland und Deutschland abgeschlossen würde. Lenin war ein bezahlter Agent des deutschen Kaisers. Die Höhe der Summe ist nicht bekannt, liegt aber vielleicht bei 50 Millionen Mark. So konnte Lenin aus der Schweiz via Deutschland transportiert werden. So erklärt es sich auch, warum er so stark an einem Separatfrieden mit Deutschland hing, obwohl nicht nur die Mehrzahl der Revolutionäre, sondern auch die Mehrzahl der Bolschewiken dagegen war. Das Geld hat sich bezahlt gemacht. Und die Zinsen wurden seither von den Bolschewiken und der nachfolgenden KPdSU bei jeder sich bietenden Gelegenheit im gleichen Sinn und Geist angelegt.

Erschwerte Brüderschaft – gerettete «Partnerschaft»

Statt die brüderliche Umarmung Chruschtschews zu fühlen, hat Fidel Castro gegenwärtig ernsthafte Besprechungen mit dessen Abgeordneten Mikoyan. Die Beziehungen zwischen der UdSSR und Kuba haben wohl an Herzlichkeit verloren, aber man täusche sich darüber nicht: die Abkühlung der Freundschaft kommt bis zu einem gewissen Grade beiden «sozialistischen Partnern» zugute.

Chruschtschew hatte offiziell zugesagt, seine Raketenstützpunkte auf Kuba unter Kontrolle der Uno zu demontieren. Castro aber hat die Uno-Kontrolle nicht zugelassen. Die Unterredungen zwischen ihm und Mikoyan in Havanna gehen jetzt offensichtlich darum, eine Möglichkeit zu einer Kontrolle zu finden, ohne dass einer der beiden kommunistischen Staaten sein Gesicht verliere. Hat also doch Castro ganz einfach gegen seinen Meister aufbegehrt und ihn und sich damit in eine Klemme gebracht?

Vielleicht auch. Aber bestimmt ist Chruschtschew durch Castros Weigerung so stark geholfen worden, dass er sie nahezu hätte befehlen müssen, wäre sie nicht eingetroffen.

Chruschtschew hatte mit seiner von Moskau aus abgegebenen Zusicherung auf Rücktransport der offensiven Waffen unter Beaufsichtigung der Vereinten Nationen erstmals das getan, was die sowjetische Diplomatie bisher immer sorgsam vermieden hatte: Er hatte die Souveränität Kubas in der Eile, auf den Friedenskurs einzuschwenken, völlig vergessen und die Insel zum Satelliten deklariert. Es ist beispielsweise völlig undenkbar, dass die Vereinigten Staaten etwa ihre Basen in der Türkei aufheben könnten, selbst wenn sie es wollten. Die Türkei hätte als gleichwertiger Partnerstaat selbstverständlich zuerst einzuwilligen. Wäre der sowjetischen Ankündigung sogleich die Tat gefolgt, so wäre das Satellitenverhältnis Kubas so gut wie offiziell bestätigt worden.

Eine nachträgliche Einwilligung Havannas hätte den Eindruck nicht mehr verwischen können. Castros «störrisches Bocken» war tatsächlich der einzige Weg, vor der Welt die immer behauptete Eigenständigkeit der kommunistischen Staaten zu beweisen. Chruschtschew muss Castro also dankbar sein.

Möglicherweise noch aus einem andern Grund. Die Zulassung der Uno-Kontrolle wäre eine Anerkennung der Zuständigkeit der Uno-Kontrollorgane in Angelegenheiten gewesen, welche der Kommunismus in seinem Bereich stets als «innere» bezeichnet hat. An der Schaffung eines solchen Präzedenzfalles hat die Sowjetunion nun keinerlei Interesse. Der Präzedenzfall einer Aufsicht durch das Rote Kreuz wäre insofern geringer, als es sich nicht um eine politische, sondern eine humanitäre Institution handelt, deren Zuständigkeit in andern Fällen negiert werden kann.

Das heisst nun auch wieder nicht, dass man von einem sowjetisch-kubanischen Sieg in der Affäre sprechen könnte. Dazu ist der Prestigeverlust der UdSSR mit ihrem Zurückweichen doch zu deutlich. Dass